



»Endlich trauen wir uns!«

Erst gingen sie nur gegen die Corona-Maßnahmen auf die Straße, jetzt fordern einige sogar das ganze Regime heraus. Was kann der Protest in China ausrichten? Unsere Korrespondentin Xifan Yang trifft Menschen, die gerade das Demonstrieren lernen

POLITIK, WISSEN, FEUILLETON



Warum dürfen die alles?

Milliardäre wie Elon Musk kontrollieren immer mehr Bereiche des öffentlichen Lebens – weil die Politik sich nicht wehrt

Wirtschaft, S. 28



Jetzt entspann doch mal!

Antonia Baum war in einem Yoga-Retreat nur für Frauen

ZEITmagazin

PRESSEFREIHEIT

Der falsche Feind

Dem kranken WikiLeaks-Gründer Julian Assange drohen 175 Jahre Haft. Was sagt Annalena Baerbock dazu? VON HOLGER STARK

Zum Umgang mit Julian Assange, dem Gründer von WikiLeaks, hat die grüne Politikerin Annalena Baerbock kristallklare Worte gefunden, die dankenswerterweise nichts mit dem diplomatischen Einerseitsandererseits gemein haben, das sonst in der Politik so verbreitet ist. Der Fall weise »schwerwiegende Verstöße« gegen »grundlegende Freiheitsrechte« der Menschenrechtskonvention auf, klagte Baerbock und forderte »die sofortige Freilassung von Julian Assange«. So sieht eine wertegeleitete Außenpolitik aus, die die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt.

Assange, 51, sitzt seit nunmehr dreieinhalb Jahren in London in einem Hochsicherheitsgefängnis hinter Gittern. Die US-Justiz wirft ihm vor, Geheimdokumente der US-Regierung entgegengenommen und später veröffentlicht zu haben. Es geht unter anderem um ein Video, das zeigt, wie die Besatzung eines amerikanischen Kampfhubschraubers in Bagdad mehrere Menschen mit ihrer Bordkanone niedermetzt, sowie um eine Viertelmillion vertrauliche Depeschen des US-Außenministeriums. Die Veröffentlichungen schrieben 2010 Weltgeschichte.

In Haft erlitt Assange einen Schlaganfall, zuweilen erkennt er seine Besucher nicht mehr, eine Richterin attestierte ihm Suizidgefahr. In den kommenden Wochen will das höchste britische Gericht darüber entscheiden, ob er in die USA ausgeliefert wird. Ihm drohen bis zu 175 Jahre Haft. Man muss kein Schwarzmalter sein, um zu befürchten, dass Assange das Gefängnis nicht lebend verlassen würde, sollte er tatsächlich in die USA überstellt werden.

Der Umgang mit Assange ist nicht nur humanitär grausam, sondern auch ein frontaler Angriff auf die Pressefreiheit. Ja, die Enthüllungen taten aus Sicht der Regierungen weh, sie beschädigten die damalige Außenministerin Hillary Clinton und den Ruf Amerikas. Assange hat damit die mächtigste Nation der Welt herausgefordert. Aber weder sind durch die Veröffentlichungen Menschen gestorben, wie die US-Regierung zwischenzeitlich behauptet hat, noch ist Assange ein Spion, zu dem ihn das US-Justizministerium in der Anklageschrift macht.

Assange mag ein ungewöhnlicher, unbequemer und exzentrischer Publizist sein, aber er ist ebendies: ein Publizist.

Die Rolle der Medien in einer Demokratie besteht darin, all jene zu kontrollieren, die über Macht verfügen. Missständen nachzugehen, Beweise zu sammeln und sie zu veröffentlichen ist die vornehmste Aufgabe von Journalistinnen und Journalisten. Freiheitliche Demokratien unterscheiden sich von Autokratien und Diktaturen dadurch, dass sie Kritik ertragen, selbst dann, wenn diese wehrt. Nein, gerade dann. Wer diese Arbeit kriminalisiert, schwächt den öffentlichen Diskurs und damit die Demokratie. Die Verfolgung von Assange ist ein brandgefährlicher Präzedenzfall.

Annalena Baerbock hat ihren Appell zur Freilassung von Assange zu einer Zeit geäußert, als sie selbst noch frei von jeder Regierungsverantwortung sprechen konnte: im Wahlkampf, ein paar Tage vor der Bundestagswahl im September 2021. Seit der Wahl lässt sie mantrahaft auf das »rechtsstaatliche Verfahren« in Großbritannien verweisen, das »bis zum Ende ausgeschöpft werden« müsse.

Als Außenministerin hat Baerbock mit viel Schwung die Konfrontation mit Autokraten und Despoten gesucht. Sie hat Wladimir Putin kritisiert, als der den Oppositionellen Alexej Nawalny in eine Strafkolonie deportieren ließ. Sie hat die Türkei gerügt, nachdem ein Gericht den Aktivistin Osman Kavala zu lebenslanger Haft verurteilt hatte, und gefordert, Kavala müsse umgehend freigelassen werden. All das ehrt sie und erfordert Mut, allerdings eher jenen aus der Kategorie mildere Tapferkeit, weil die politischen Kosten gering scheinen und der Applaus des heimischen Publikums sicher ist.

Wirklich mutig wäre es, Menschenrechtsverletzungen nicht nur dann öffentlich zu kritisieren, wenn sie weit weg geschehen, sondern auch dann, wenn sie sich vor der Haustür ereignen, bei Deutschlands engsten Verbündeten, unter Freunden. In diesem Fall in London und in Washington.

Assange wegen der Publikation von Staatsgeheimnissen einzusperren ist ein Debakel für den liberalen Rechtsstaat. Die US-Regierung darf damit nicht durchkommen. Lasst ihn endlich frei.

KRIEGSOPFER

Gegen die Kälte

Ohne Unterstützung wird die Ukraine den Winter nicht überstehen. Die Deutschen können helfen VON ANNA SAUERBREY

Das ist so eine Weihnachtsfrage. Alle Jahre wieder, wenn sich deutsche Innenstädte lichterfunkteln zum Konsumrausch rüsten, scheint einer der falschen Nikoläuse uns eine schelmische Frage zuzuraunen: Was brauchen wir wirklich?

In diesem Jahr allerdings stellt sie sich anders. Auch in Deutschland.

Lange war »Was brauchen wir?« eine Lifestyle-Frage, entstanden aus dem Überdruß am Überfluss oder aus dem Gefallen daran, je nach Geschmack. Doch in diesem Jahr hat sich etwas geändert: die Nachbarschaft. In Kiew geht es gerade wirklich um die Existenz, nicht um den Lifestyle, sondern um das Überleben.

Am 23. November wurden bei den jüngsten russischen Angriffen auf Kiew und zahlreiche weitere Orte wichtige Teile der Infrastruktur zerstört. Seitdem geht es der Hauptstadt wie vielen Frontstädten: Der Strom fällt viele Stunden am Tag aus und damit oft auch die Wasser- und Wärmeversorgung. In Kiew liegen die Temperaturen zurzeit am Tag um den Gefrierpunkt, in der Nacht deutlich darunter.

Russland hat im Inneren, weitab der Schützengräben, eine weitere Front eröffnet. In der Ukraine fragt keiner mehr: Brauche ich das? Sondern: Wo kriege ich es her?

Wenn es existenziell wird, wenn es um Leib und Leben geht, können Menschen entweder egoistisch reagieren. Oder solidarisch. Sie können sich schnell noch die letzte Packung Kerzen unter den Nagel reißen – oder sie mit demjenigen teilen, der wenige Momente später ins Geschäft gekommen ist.

Nach allem, was Ukrainerinnen und Ukrainer erzählen und Reporter berichten, ist die Ukraine ein solidarisches Land. Man hilft sich gegenseitig, so gut es geht, ein Heer von Freiwilligen ist unterwegs, Ärzte, Polizistinnen, Elektriker arbeiten unter widrigsten Umständen bis zur Erschöpfung. Der Krieg hat die ganze Gesellschaft durchdrungen. Oder man sieht es so: Diese Gesellschaft ist intakt. »Ich mache mir keine Sorgen um die Ukraine«, sagt ein Kiewer

Ökonom am Telefon, als man ihn fragt, was sein Land jetzt am dringendsten braucht. Ja, die Ukraine friere. »Aber es ist Russland, das krank ist.«

Es heißt oft, die Ukraine verteidige den Westen und seine Werte. Man könnte jetzt schmettern: Mit diesem Winter fängt der Krieg erst richtig an! Schafft eine Luftbrücke in die Ukraine, ihr Politiker, ihr Deutschen! Schickt Lkw, Züge! Wir dürfen nicht zulassen, dass Russland die Ukrainer erfrieren lässt, so wie die Alliierten es einst nicht zugelassen haben, dass die Sowjetunion West-Berlin aushungert.

Und es stimmt: Die Kälte ist eine mächtige Waffe in diesem Krieg, in dem wir nicht Adjutanten, sondern Partei sind, Alliierte und Mitangegriffene zugleich. Die Ukrainerinnen und Ukrainer ziehen, wie der Kiewer Ökonom, ihre Stärke aus dem Wissen, dass es um ihre persönliche Existenz geht, aber auch um ihre Werte, darum, das grundlegend Andersartige ihrer Gesellschaft gegen Russland zu verteidigen.

Und dennoch wirkt die Sache mit der Luftbrücke, so hingeschrieben, parolenhaft. Wenn Sie diese Zeitung aufschlagen, werden Sie ein paar Seiten weiter von einer Familie lesen, in deren Wohnung es noch 14 Grad sind, der kleine Sohn schläft nachts in der Mitte des Ehebetts. Viele andere haben sogar gar keine Wohnung mehr. Millionen Ukrainer sind auf der Flucht, sind mit einem Kofferraum voll Restleben irgendwo gestrandet. Um sie geht es, nicht um die großen Worte.

Ja, die Existenznot vieler Ukrainer ist politisch und historisch, sie verteidigen, wenn man so will, etwas Großes, nennen wir es den Westen. Aber am Ende gibt es nichts Größeres als jedes einzelne Leben, das ist der hart erlernte Konsens dieses Westens, und darauf kommt es in diesem Winter besonders an.

Die Ukraine braucht den Westen. Aber was brauchen die Ukrainer? Sie brauchen Generatoren, Powerbanks, Chemietoiletten, Schlafsäcke, Decken, warme Kleidung, Gaskocher, die man in Innenräumen benutzen kann, batteriebetriebene Lampen, Kerzen, auch Nahrungsmittel, denn die Inflation liegt bei 26 Prozent. All das kostet Geld. Das wird auch in Deutschland knapper. Aber viele haben immer noch mehr, als sie benötigen. Geben wir es denen, die es wirklich brauchen.

Beide Leitartikel finden Sie zum Hören unter www.zeit.de/vorgelesen

PROMINENT IGNORIERT



Kaisers Lied

Roland Kaiser (*Sieben Flüsse Wein*) hat eingeräumt, dass er seinen Hit *Santa Maria* als Persiflage angelegt hatte, als Potpourri der Schlager-Klischees. Das Lied über eine »Insel, die aus Träumen geboren«, und ein »Fieber, das wie Feuer brennt«, wurde sein größter Erfolg. Merke: Wenn »im Rausch der nächtlichen Stunden« die Sehnsucht lodert, dann klingelt auch die Kasse. PED

Kl. Fotos (v. o.): Theo Wargo/Getty Images [M]; Plainpicture; Impress Own/United Archives/Getty Images

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de
ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ABONNENTENSERVICE:
Tel. 040 / 42 23 70 70,
Fax 040 / 42 23 70 90,
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:
DK 69,00/FIN 9,10/E 7,80/
CAN 7,90/F 7,80/NL 7,20/
A 6,50/CH 8,50/I 7,80/GR 7,80/
B 7,20/P 7,80/L 7,20/H 3690,00

N° 49

77. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 106207